

Eurokommunismus und EG

Einstellung und Politik eurokommunistischer Parteien
zur europäischen Integration

VON RUDOLF HRBEK

Fragen, die sich stellen

Darstellung und kritische Prüfung der Haltung eurokommunistischer Parteien zu Existenz, Politik und Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind aus einer Reihe von Gründen angebracht, wenn man sich mit Eurokommunismus beschäftigt.

Da wäre zunächst die Perspektive der *Aufnahme* kommunistischer Parteien *in die Regierung* eines EG-Mitgliedstaates. Die Frage, welche Wirkung das auf die EG haben könnte, wird diskutiert, seit mit der Möglichkeit einer kommunistischen Regierungsbeteiligung - insbesondere in Frankreich und Italien - gerechnet wird¹. Die Antworten, die darauf gegeben werden, sind unterschiedlich. Während die einen den Auswirkungen »mit Besorgnis« entgegensehen² oder gar katastrophale Folgen befürchten³, finden wir, gestützt auf die Prämisse, daß sich der Eurokommunismus dauerhaft und grundlegend vom Sowjetkommunismus unterscheiden *könnte*, weniger besorgte oder gar positivere Äußerungen: etwa, daß die demokratischen Parteien gesprächsbereit bleiben müßten⁴; und sogar die Feststellung, es müßten »in den Grundkonsens zum Aufbau und zur Einigung Europas . . . alle relevanten politischen Kräfte einbezogen werden, soweit sie dazu fähig und bereit sind, auch Parteien des Eurokommunismus«⁵.

Da wäre sodann die Frage, ob sich die dem Eurokommunismus häufig zugeschriebene *Eigenständigkeit* des Standpunktes gegenüber Positionen, wie sie von der KPdSU und ihren Führungsanspruch mehr oder weniger bedingungslos akzeptierenden anderen kommunistischen Parteien vertreten werden, auch in der Einschätzung der EG-Integration findet. Auch zu einem weiteren Aspekt des Eurokommunismus verspricht die hier vorzunehmende Analyse zusätzliche Aufschlüsse zu liefern: ob und inwieweit es *Divergenzen zwischen einzelnen Parteien*, die gemeinsam dem Lager des Eurokommunismus zugerechnet werden, gibt.

Unsere Erörterung wird sich so gut wie ganz auf die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens beschränken, die neben der kommunistischen Partei Spaniens zu den Protagonisten des Eurokommunismus zählen; auf Parteien also, die in den Gründerstaaten der EG über lange spezifische Erfahrungen mit dieser Gemeinschaft verfügen und deren Präsenz im Europäischen Parlament⁶ die Möglichkeit eröffnet, ihre dortigen Aktivitäten im Lichte obiger Fragestellungen zu analysieren. Dabei werden wir uns aber nicht auf die aktuelle Diskussion um EG-Probleme im Kreis kommunistischer Parteien beschränken, sondern zunächst in einem kurzen zusammenfassenden Rückblick die Entwicklung der kommunistischen Einstellung zur EG-Integration darstellen⁷.

Unter Einfluß der Sowjetunion herrschte zunächst die pauschal-doktrinäre Verurteilung der EWG vor

Integrationsbemühungen in der ersten Phase bis etwa Mitte der fünfziger Jahre wurden pauschal-doktrinär verurteilt: »Alle westeuropäischen Integrationsformen, ob intergouvernementale Kooperation (OEEC), parlamentarische Konsultation (Europa-Rat), politisch-militärische Förderation (EVG-EPG) oder Sektorintegration (EGKS) (wurden) als Werkzeuge der aggressiven amerikanischen Kapitalisten und ihrer europäischen (vornehmlich Bonner) handlungen bezeichnet. Die Erfolge der Integration erschienen als Kriegsvorbereitung gegen das sozialistische Lager, ihre Feischläge als Beweis für die Theorie der unversöhnlichen Widersprüche der Kapitalisten«⁸.

Doch bereits in dieser Zeit lassen sich »Nuancen in den Stellungen der nationalen kommunistischen Parteien« feststellen: »Nicht erst 1962, sondern bereits 1950 entstanden kommunistische Meinungsverschiedenheiten gegenüber dem Phänomen der westeuropäischen Integration«, wie aus der Diskussion um die Montanunion hervorgeht. Für die Sowjetunion war die Montanunion ein Abkommen der Regierungen, die von den Monopolen beherrscht waren; ein Mittel amerikanischer Kolonisierung Europas. Jegliche europäische Eigeninitiative wurde bestritten, das ganze Unternehmen auf US-Befehle zurückgeführt. Im übrigen konzentrierte sich die kommunistische Kritik auf »die zu erwartenden kurz- und mittelfristigen Umstellungen bzw. Nachteile, die sich aus dem erhöhten Wettbewerb, dem Schrumpfungsprozeß sowie der Modernisierung der Montanwirtschaft für die Arbeiter ergeben würden und paßte(n)

sie der langfristig konzipierten Konzentrations- und Verelendungstheorie an. Sie prophezeite(n) demnach den Zerfall nationaler Industrien, Stilllegung von Grenzbetrieben und das unvermeidliche Wachstum des internationalen Monopolkapitalismus«⁹.

Die kommunistische Partei Italiens (KPI) allerdings hatte, wenn auch als einzige kommunistische Partei, »auf dem Boden des Vertrages« argumentiert: »sie kritisierte hauptsächlich die mangelnden institutionellen Vorkehrungen für eine demokratische Kontrolle der Exekutive durch Parteien und Verbände sowie die durch die Stimmengewichtung in der hohen Behörde . . . bedingte Benachteiligung der Italiener . . . Die Haltung der italienischen Kommunisten war ein erstes Zeichen dafür, daß die Idee einer supranationalen Organisation politische Anziehungskraft besitzt, die auch die Kommunisten nicht ignorieren können, wollen sie ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft nicht verlieren¹⁰.

Die Bemühungen der sechs Montanunion-Staaten, die zu den Römischen Verträgen von 1957 führten, riefen intensive Initiativen der Sowjetunion hervor. »Die sowjetische Antistellung gegen die Euratomgemeinschaft war von Anfang an sehr viel entschiedener als gegen die EWG«¹¹. Als sich jedoch abzeichnete, daß Euratom eher bedeutungslos war, ging es bei der theoretischen und politischen Auseinandersetzung nur noch um den Gemeinsamen Markt; diese Auseinandersetzung zeichnete sich durch bemerkenswerte Offenheit bzw. auch Unsicherheit aus und war von deutlich erkennbaren Einstellungswandlungen begleitet, die nicht zuletzt auch auf Vorstöße und die Politik der italienischen Kommunisten zurückgeführt werden können.

In einer ersten partei-offiziellen Stellungnahme der KPdSU, den vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen verfaßten »17 Thesen über den Gemeinamen Markt« vom Januar 1957, wird die EWG als reaktionäres Unternehmen charakterisiert¹². Die mit dem Staat verflochtenen Monopole seien Urheber der Verträge, mit denen, als Reaktion auf das Erstarken des sozialistischen Lagers, eine geschlossene kapitalistische Gruppierung als Waffe im Kampf gegen den Kommunismus, als kriegswirtschaftliche Grundlage der NATO, angestrebt werde.

Der Gemeinsame Markt bedeute die Majorisierung der kleinen Staaten, die Beschränkung insbesondere ihrer nationalen Souveränität, eine Verschärfung der Marktprobleme mit der Folge einer Konzentration zu Lasten kleiner Unternehmen; er sei gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet und werde zu erhöhter Arbeitslosigkeit

sowie zu ungleichmäßiger Entwicklung führen; er werde auch die Abhängigkeit von den USA und der Bundesrepublik Deutschland erhöhen. Die supranationalen Organe bedeuten eine Beschneidung politischer Rechte und demokratischer Freiheiten der Arbeiterklasse. Nach außen werde Protektionismus und gegenüber den Überseestaaten Neokolonialismus praktiziert werden. Insgesamt würden die Widersprüche innerhalb dieser kapitalistischen Gruppierung wachsen.

Früh schon drängte die italienische KP auf eine realistischere Betrachtungsweise

Gab es bereits in dieser Diskussionsphase auch Stimmen, die die Durchführbarkeit eines kapitalistischen gemeinsamen Marktes bejahten¹³, so ist 1962 der *Umschwung in der Einschätzung* ganz offensichtlich. Der EWG wird »bemerkenswerte Lebensfähigkeit« und rasches wirtschaftliches Wachstum bescheinigt; in nunmehr 32 Thesen über den Gemeinsamen Markt vom August 1962 wird diese revidierte Einschätzung zusammengefaßt präsentiert¹⁴. Dem Eingeständnis wirtschaftlicher und sozialer Erfolge wird das Aufbrechen neuer Widersprüche an die Seite gestellt.

Diese 32 Thesen sind Grundlage einer im August/September 1962 in Moskau durchgeführten *Konferenz* mit Vertretern kommunistischer Parteien aus 22 Staaten. Dort wurde die Neueinschätzung der westeuropäischen Integration, von der Wissenschaft bereits vorbereitet, in aller Deutlichkeit nunmehr auch politisch artikuliert, wofür in erster Linie die italienische KP verantwortlich war. Sie drängte in einem der Konferenz vorgelegten Dokument auf eine realistischere Betrachtungsweise. Darin wird etwa ausgesagt, »im großen und ganzen habe die Integration eine erhebliche Produktionsausweitung begünstigt und damit das Auftreten und die Wirkungen struktureller Krisen, von denen einige Zweige betroffen waren, gemildert«¹⁵. Ein italienischer Delegierter »beschwerte sich . . ., daß seiner Partei der Zutritt zu den Organen der EWG versperrt sei. Die nationalen Parlamente müßten wissen und diskutieren, was supranationale Organe, die die EWG leiteten, täten und entschieden«¹⁶.

Die *Gründe* für diese veränderte Haltung der KPI sind einsichtig. Gerade Italien profitierte bereits in der Anfangsphase spürbar vom Gemeinsamen Markt, und mit einer pauschal-doktrinären Verurteilung der EWG hätte sich die KPI im eigenen Land unglaublich, ja

lächerlich gemacht. Zum zweiten konnte die Partei »gegenüber der Stellungnahme der Nemii-Sozialisten zugunsten einer aktiven Teilnahme der Arbeiterbewegung am europäischen Integrationsprozeß nicht unbeteiligt bleiben, zumal die CGIL als Einheitsgewerkschaft Kommunisten und Nenni-Sozialisten umfaßt und diese Einheit bei doktrinärer Starrheit auf dem Spiel stünde«¹⁷. Schließlich ist auf eine Passage der *italienischen Verfassung* zu verweisen, die für die KP zweifellos Geltung beansprucht, wenn sie sich als Verfassungspartei versteht und als solche angesehen werden kann; in Artikel 11 heißt es:

» . . . unter der Bedingung der Gleichstellung mit den anderen Staaten stimmt es (gemeint ist Italien, d. Verf.) den Souveränitätsbeschränkungen zu, die für eine Ordnung notwendig sind, welche den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Nationen sichern soll; es fördert und begünstigt die auf dieses Ziel ausgerichteten internationalen Organisationen.«

Das Konferenzergebnis vom Herbst 1962 in Moskau war ein *Anti-EWG-Aktionsprogramm*, in dem es hieß:

»Die kommunistischen Parteien in Westeuropa erhalten den Auftrag, der EWG gegenüber eine positive Haltung einzunehmen und zu versuchen, KP-Mitglieder in die Führungsgremien des gemeinsamen Marktes einzuschleusen. In der Propaganda sollen die monopolkapitalistischen Tendenzen< der EWG herausgearbeitet und es soll versucht werden, die EWG zu demokratisieren«¹⁸.

Die KPI hatte nicht nur auf eine veränderte realistischere Einschätzung der EWG gedrängt, sie hatte auch Bereitschaft und Anspruch artikuliert, im Entscheidungsgefüge der Gemeinschaft unmittelbar mitzuwirken. In diesem Zusammenhang wird das Bemühen der KPI verständlich, eine Art *regionale*, nämlich auf die EWG bezogene, Gruppierung kommunistischer Parteien zu konstituieren, um der kritischen, auf Veränderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit des Gemeinsamen Marktes gerichteten Aktivität eine bessere Grundlage zu geben. Diese Bemühungen (denen analoge für den Bereich der Gewerkschaftsbewegung entsprachen) blieben erfolglos, was auf den Widerstand der KPF und das heißt der KPdSU zurückgeführt wird¹⁹. Der Polyzentrismus sollte keine organisatorisch gefestigte Ausprägung erhalten.

Einer solchen Gruppierung hätte aber ganz offensichtlich bereits damals die Basis übereinstimmender politischer Überzeugungen und Positionen gefehlt. Das zeigt eine im März 1963 durchgeführte Konferenz der kommunistischen Parteien der sechs EWG-Länder

und Großbritanniens: während die Holländer für den Austritt aus der EWG und die Briten gegen den Beitritt plädierten, nahmen die Italiener eine gleichsam pragmatische Haltung ein, forderten nämlich ihre Mitwirkung im gemeinschaftlichen Entscheidungsgefüge. In diesem Sinne formulierte dann auch die Konferenz die Erklärung: »Die supranationalen Institutionen sind in den Händen der Monopole: sie sind Zentralen bürokratischen Charakters; sie sind der Ausdruck der Exekutivorgane der sechs Länder und schließen in ihrer gegenwärtigen Struktur jede tatsächliche Intervention und jede wirksame Kontrolle seitens der repräsentativen Organe der Mitgliedstaaten aus . . . (Es) . . . ist erforderlich, daß die parlamentarische und gewerkschaftliche Vertretung in den Versammlungen des gegenwärtigen gemeinsamen Marktes ohne Diskriminierung zum Zuge kommt.«

»In diesem Sinne fordern sie eine Beteiligung am Europäischen Parlament und am Wirtschafts- und Sozialausschuß der Gemeinschaften«²⁰. Diese Einstellung der italienischen Kommunisten kommt auch in ihrem Wahlprogramm von 1963 zum Ausdruck, in dem eine Initiative der Regierung mit dem Ziel gefordert wird, »den Charakter und die wesentliche Ausrichtung des Vertrages von Rom beträchtlich zu ändern und die autoritäre Prägung der Institutionen auszuschalten«²¹.

Im Gefolge der Entspannungspolitik erkennt die Sowjetunion die EG als Realität an

Zeichnete sich damit bereits Anfang der sechziger Jahre, also im ersten Stadium der Verwirklichung des mit den Römischen Verträgen in Gang gesetzten Integrationsprozesses, ganz deutlich eine Ablösung der lediglich pauschal-doktrinären Verurteilung der EWG durch eine differenziertere Analyse, verbunden mit dem Willen zur politischen Einwirkung auf die Gemeinschaftsentwicklung ab, so setzte sich in der Folgezeit dieser Trend fort.

Im Rahmen der von den Warschauer-Pakt-Staaten unternommenen Vorstöße für eine unter dem Stichwort »Entspannung« stehende Konsolidierung der europäischen Verhältnisse sowie die Herausbildung fester Formen gesamteuropäischer Zusammenarbeit - Vorstöße, die auf die Abhaltung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz drängten - fand im April 1967 in *Karlsbad* eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas statt, in deren

Schlußerklärung Aussagen zur EG gemacht wurden, die auch von den kommunistischen Parteien Westeuropas getragen wurden:

- Es ist von einer Verschärfung der »Gegensätze zwischen den nationalen Interessen der westeuropäischen Staaten und den expansiven Bestrebungen der Bundesrepublik, ihrem Streben nach einer dominierenden Position in der NATO, im Gemeinsamen Markt und in Euratom« die Rede.
- Im Rahmen von Aussagen zur Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit wird gefordert:
 - »die Verhinderung des Zutritts der Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form, darunter in der sog. europäischen multilateralen oder atlantischen Form.«
- Schließlich wird, mit eindeutiger Spitze gegen die EWG, gesagt: »Besondere Bedeutung für alle Staaten gewänne die Liquidierung der künstlich errichteten Hindernisse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas, was eine fruchtbare europäische Zusammenarbeit einschließlich bedeutender Übereinkommen auf den Gebieten der Produktion und der wissenschaftlichen Forschung fördern wird«²⁷.

Als dann im Zuge der Entspannungspolitik, also dem Abschluß der jeweils bilateralen von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Gewaltverzichts-Verträge mit einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten und angesichts der bevorstehenden KSZE, eine Konsolidierung der europäischen Kräftekonstellation, nämlich die politische Anerkennung des Status quo, der sog. Realitäten in Europa, erfolgte, bemühte sich die Sowjetunion um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) und der EG. Eine Erklärung *Breschnews* aus dem Jahre 1972 wird allgemein als Anerkennung der EG gewertet, und in der Folgezeit kommen *offizielle Kontakte zwischen EG und RGW* zustande; Bemühungen um den Abschluß von vertraglichen Vereinbarungen sind bisher erfolglos geblieben. Die Gründe hierfür darzustellen und den Verlauf der Annäherung im einzelnen zu schildern, würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen. Mit Blick auf unser Thema genügt die Feststellung, daß die EG für die KPdSU und die ihrer Linie folgenden Parteien offenbar eine Realität ist. Damit stellt sich für sie das doppelte Problem der Gestaltung der Beziehungen zwischen RGW und EG sowie die Frage einer möglichen Einwirkung auf die innere Entwicklung der EG.

Die Bedeutung von Frau Maximowas Integrationstheorie

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf den Stand der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen westeuropäischer Integration seitens der Sowjetunion bzw. der KPdSU wichtig. Im Jahre 1971 erschien eine Arbeit von *M. M. Maximowa* über »Kapitalistische Integration«²³, die als Standardwerk bezeichnet werden kann, in der eine einigermaßen geschlossene Theorie präsentiert wird²⁴. Für unser Problem ist die Aussage von Frau *Maximowa* bedeutsam, »daß es eine Utopie wäre, die Integration rückgängig machen oder verhindern zu wollen«²⁵. Sie definiert nämlich Integration wie folgt:

»Die internationale Wirtschaftsintegration ist ein objektiver und zugleich regulierbarer Prozeß der gegenseitigen Anpassung der nationalen Wirtschaften zweier oder mehrerer Staaten mit gleichartigen sozialökonomischem System, der Optimierung ihrer Wirtschaftsstrukturen in entsprechenden internationalen Wirtschaftskomplexen, ein Prozeß, der letztlich eine Einsparung von Zeit und eine Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität herbeiführt.«

In dieser Definition sind verschiedene charakteristische Merkmale der Integration festgehalten²⁶.

Maximowa unterscheidet dementsprechend sozialistische Integration von der Integration der kapitalistischen Länder die für sie »ein auf staatsmonopolistischer Grundlage regulierter Prozeß der Annäherung, gegenseitigen Anpassung und Optimierung der Wirtschaftsstrukturen dieser Länder im Rahmen internationaler Wirtschaftskomplexe (ist), in denen das Privateigentum und die Macht des Kapitals herrschen und wo die Monopole und ihr Profitstreben die entscheidende Rolle spielen«²⁷.

Für unsere Erörterungen sind die Aussagen über die politischen Folgen der Integration und die Gegenstrategie einer »demokratischen Alternative« relevant²⁸. Eine Folge seien »die komplizierter werdenden Bedingungen des Klassenkampfes der werktätigen Massen«; die Monopole nützten die Integration zur Bekämpfung von Nationalisierung und dazu, »die nationalen Abteilungen der Werktätigen gegeneinander auszuspielen«. *Maximowa* fährt fort:

»Die Kommunisten Frankreichs, Italiens und der anderen EWG-Länder zeigen den Werktätigen in ihren programmatischen Dokumenten und in ihrer angespannten tagtäglichen Tätigkeit tiefgründig und fundiert die Ausbeuternatur des international verflochtenen Monopolkapitals und den imperialistischen Charakter des >Gemein-

samen Marktes< und der anderen regionalen kapitalistischen Gruppierungen; sie decken die negativen Folgen der Tätigkeit der EWG vom Standpunkt der Spaltung Europas in entgegengesetzte ökonomische und militärpolitische Gruppierungen auf und entlarven den antidemokratischen Charakter der gesamten Struktur und des Mechanismus der Leitung der Europäischen Gemeinschaften . . .

Die kommunistischen Parteien der westeuropäischen Länder entlarvten und entlarven die negativen Seiten der kapitalistischen Integration, führten und führen einen beharrlichen Kampf gegen ihre negativen Folgen für die Werktätigen.«

Andererseits, so unterstreicht *Maximowa*, böte die Integration aber auch neue Bedingungen für die Tätigkeit der Marxisten-Leninisten, wie eine Reihe von Vorgängen der letzten Jahre deutlich zeige: Streikbewegungen, bei denen wirtschaftliche und politische Forderungen mehr und mehr miteinander verbunden würden; eine »beispiellose Aktivierung der Bauernbewegung«; die Zunahme der demokratischen Bewegung der Intelligenz, die »für eine Entwicklung der westeuropäischen Zusammenarbeit auf demokratischer Grundlage« eintreten und »eine solche Wirtschaftsprogrammierung (fordern), die die Interessen der breiten Massen berücksichtigt und eine demokratische Kontrolle der Monopolkartelle gewährleistet«; multinationalen Unternehmen würden die Voraussetzungen für eine Koordinierung gewerkschaftlicher Aktivität schließlich auch verbessern.

Im einzelnen nennt *Maximowa* folgende Probleme, zu denen »langfristige, alternative demokratische Lösungen erarbeitet werden müssen«:

- »Die Einflußnahme der Massen auf die weitere Entwicklung der staatsmonopolistischen Mechanismen zur Wirtschaftsregulierung in jedem integrierten Land.«
- »Die Entwicklung des nationalisierten Sektors unter den Bedingungen der kapitalistischen Integration, die Beziehungen zwischen den staatseigenen Betrieben.«
- »Der Kampf gegen den wachsenden Einfluß des internationalen Finanzkapitals.«
- »Entwicklung der regulierenden Elemente in der Tätigkeit der Integrationsgruppierung in der Wirtschaftsprogrammierung auf demokratischer Grundlage im Interesse der Werktätigen.«

Konkret sei erforderlich:

- »Verstärkter Kampf gegen die spontanen Kräfte des Marktes, gegen eine solche Liberalisierung des gegenseitigen Handels, des

- Kapital- und Arbeitskräfteverkehrs usw., die den Interessen der Monopole dient und deren Herrschaftsbereich vergrößert;
- Druck der Werktätigen, der fortschrittlichen Kräfte, auf die Regierungen, damit diese eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die die Interessen der Massen berücksichtigt, progressive Strukturveränderungen in der nationalen Wirtschaft bewirkt und dazu führt, daß die Rückständigkeit einer Reihe von Zweigen und Wirtschaftsterritorien überwunden, das Problem der Beschäftigung gelöst und das gesamte Bildungssystem demokratisiert wird, daß die sozialen Verhältnisse verbessert werden usw.;
 - aktive Teilnahme der Arbeiterklasse, ihrer Parteien und Organisationen an der Aufstellung langfristiger wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme im nationalen Rahmen und im Maßstab der Gruppierungen.«

Maximowa verweist konsequent darauf, daß Aktionen im nationalen Rahmen eines einzigen Landes ihr Ziel unter den Bedingungen der kapitalistischen Integration häufig nicht erreichten und resümiert:

»Deshalb ist es ganz natürlich, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien der westeuropäischen Länder in den letzten Jahren ihr Augenmerk immer mehr darauf lenken, eine gemeinsame Plattform zu den Problemen der Integration und zur Durchführung konkreter Maßnahmen auszuarbeiten, die darauf abzielen, der einheitlichen Front des Monopolkapitals eine Einheitsform der Werktätigen entgegenzustellen.«

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten über das Integrationsgeschehen selbst, wie über die einzuschlagende Strategie

Versuchen wir im folgenden, auf diesem Hintergrund die Einstellung und Politik insbesondere der KPI und KPF gegenüber der EG zu analysieren. Wir können bei dieser Analyse an dem zuletzt zitierten Hinweis von Frau *Maximowa* anknüpfen; sie verwies zur Begründung ihrer Feststellung, es gäbe Bemühungen um eine gemeinsame Plattform der westeuropäischen kommunistischen Parteien zu EG-Fragen, auf die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas vom Januar 1974. Die politische Erklärung dieser Konferenz²⁹ stellt nun sicher alles andere als die eindrucksvolle Bestätigung der von ihr reklamierten Feststellung dar. Zwar können sich die auf der Konferenz versammelten Parteien in einer Reihe von Punkten einigen. So wenn sie

feststellen, daß sich die wirtschaftliche Integration zur Zeit »unter der Leitung und im Interesse des Großkapitals« entwickle und daß ein auf dieser Basis herbeigeführter politischer Zusammenschluß abgelehnt werde. Oder daß Versuche zum Aufbau einer mit Atomwaffen ausgerüsteten europäischen Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt werden. Schließlich auch die Feststellung, daß die monopolistische Orientierung der Integration regionale Disproportionen verschärft und zu schweren Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer geführt hätte, daß dies schließlich auch die »effektive Wahrnehmung demokratischer Rechte« einschränken und zudem den nationalen Interessen der Völker widersprechen würde. Auf der anderen Seite werden aber Meinungsverschiedenheiten in der Erklärung ganz offen benannt. Es heißt:

»In einigen Ländern, für die durch ihre 15jährige Zugehörigkeit zur EWG enge ökonomische Verbindungen geschaffen worden sind, kämpfen die kommunistischen Parteien gegen die monopolistische Orientierung der EWG und deren Folgen sowie für ihre Demokratisierung. In anderen Ländern dagegen, die erst jüngst dem Gemeinsamen Markt beitraten, setzen sich die kommunistischen Parteien für den Austritt aus der EWG ein. In den westeuropäischen Ländern, die weder Mitglied noch assoziiert sind, kämpfen die kommunistischen Parteien gegen die Bestrebungen, ihr Land in die Einflußsphäre der Monopole, die die EWG beherrschen, einzubeziehen.«

Der sich unmittelbar anschließende Passus - »trotz dieser Verschiedenartigkeit der Situation bekräftigen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas erneut, daß eine gemeinsame Antwort auf die Politik der monopolistischen wirtschaftlichen Integration möglich und notwendig ist« - klingt angesichts dieser Divergenzen reichlich hilflos.

Diese Aussage und die recht allgemein gehaltenen Formulierungen der Erklärung insgesamt scheinen zu bestätigen, daß nicht nur in der Beurteilung des Integrationsgeschehens und der Politik der EG, sondern auch in der Frage der von den einzelnen kommunistischen Parteien einzuschlagenden Strategie und Politik gegenüber der EG erhebliche Unterschiede bestehen. Dies soll am Beispiel von KPI und KPF dargelegt werden, wobei auch ihre Aktivitäten im Europäischen Parlament analysiert werden.

Der Analysezeitraum sind die siebziger Jahre, in denen der Integrationsprozeß in eine qualitativ neue Phase, die der positiven Integration, getreten ist. Damit ist »die Umwandlung eines Gemeinsamen Marktes in eine vollständige Wirtschaftsunion« im Unterschied

zur negativen Integration, dem »Vorgang des Abbaus von Schranken« für den freien Verkehr von Kapital und Arbeit sowie von Gütern und Dienstleistungen, gemeint³⁰.

Weshalb die KPI seit langem der EWG grundsätzlich positiv gegenübersteht

Die KPI steht »dem Integrationsprozeß positiv gegenüber«³¹. Sie begründet dies einmal mit dem Hinweis auf die in Artikel 11 der italienischen Verfassung enthaltene Bestimmung, wonach Souveränitätsabtretungen anzuerkennen seien; die Partei will gerade auch in diesem Punkt »dem Geist der republikanischen Verfassung treu« bleiben³². Nun ist Souveränitätsabtretung zweifellos kein Ziel und Wert an sich, sondern als Instrument zur Förderung und Realisierung spezifischer Zielsetzungen zu verstehen. So geschieht es auch durch die italienischen Kommunisten, wenn sie davon sprechen, daß der Nationalstaat nicht länger fähig sei, eine Reihe wichtiger Probleme und Aufgaben zu lösen³³, daß es nationale Interessen also geradezu gebieten würden, regionale Gemeinschaften supranationalen Charakters zu bilden und ihnen Entscheidungskompetenzen zuzuordnen. *Nilde Iotti*, seit mehreren Jahren auch kommunistische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, drückte dies anläßlich eines 1971 zum Thema »die italienischen Kommunisten und Europa« veranstalteten Kongresses so aus:

»Sicherlich ist es in erster Linie unsere Aufgabe, die nationale Gesinnung zu verteidigen und ihr Ausdruck zu verleihen. Jedoch eher, um sie auf die Perspektive notwendiger integrativer Prozesse zu orientieren, die sich überall zeigen und die sich stufenweise im Zeichen der Interessen und der Gleichheit der Völker realisieren sollten«³⁴.

Die im Prinzip positive Einstellung der KPI gegenüber dem EG-Integrationsprozeß läßt sich aus zwei weiteren Überlegungen bzw. Argumentationsreihen ableiten:

- Für die KPI ist *Entspannung* eine notwendige Grundlage für den *Abbau ihrer innenpolitischen Isolierung* gewesen; eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ist daher für die Partei und ihre innenpolitischen Ziele essentiell. Die von der KPI der Beurteilung der Entspannungspolitik zugrunde gelegte Prämisse - Entspannung sei keineswegs allein wegen der Stärke des sozialistischen Lagers, das diese Politik einem nach wie vor aggressiven kapitali-

stischen Westen aufgezwungen habe, zustande gekommen, sondern auch aufgrund von Initiativen des Westens, wo es ebenfalls entspannungswillige Kreise gäbe - führt sie zur Schlußfolgerung, der Integrationsprozeß müsse fortgesetzt, der Aufbau Europas erfolgreich weitergeführt werden. Denn für eine Entspannungspolitik, die in einen solchen Interpretations-Kontext gestellt wird, ist ein starker Westen, der damit das die Entspannung fördernde und sicherstellende Gleichgewicht garantieren helfe, unversichtbar³⁵. Der als Schattenaußenminister der italienischen KP geltende *Sergio Segre* bezeichnet Supranationalität gar als »Bedingung für die Unabhängigkeit der europäischen Staaten«³⁶.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die längerfristige Perspektive der KPI zu verweisen, daß »die enge Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet innerhalb der EG ... ein Gegengewicht zur Macht Osteuropas und der USA herstellen« soll, was als Politik der »aktiven Neutralität« bezeichnet wird³⁷. Für *Berlinguer* geht es um »ein demokratisches, unabhängiges, friedliches Westeuropa, das weder antiamerikanisch noch antisowjetisch ist, das sich vielmehr zum Ziel setzt, Freundschaft und Kooperation mit Amerika und der Sowjetunion sowie mit den Entwicklungsländern und allen Staaten der Welt zu pflegen«³⁸.

- An ihrem Willen, eine demokratische und sozialistische *Transformation* herbeizuführen, läßt die KPI keinerlei Zweifel, ohne daß im einzelnen genau geklärt wäre, wie dieser Sozialismus aussehen würde, während hinsichtlich des Weges zu diesem Ziel beansprucht wird, eine sich vom Sowjetkommunismus unterscheidende »eurokommunistische« Strategie zu verfolgen. Die in dieser Frage zentrale Kontroverse um den Eurokommunismus soll und kann in diesem Beitrag nicht erörtert werden³⁹. Für unseren Zusammenhang ist die Einschätzung der KPI relevant, »daß *nationale Wege* zum Sozialismus in Westeuropa wegen der tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen und der multinationalen Kapitalkonzentration nur noch dann möglich sind, wenn sie *auf internationaler Ebene ihre Ergänzung finden*«⁴⁰. Bereits im Jahre 1971 erklärte *N. Iotti* unmißverständlich:

»Man könnte uns vorwerfen, es wäre besser, den Schwerpunkt auf den Kampf im Innern der einzelnen Staaten für den Erfolg der sozialen Gerechtigkeit und des Sozialismus zu legen und *erst danach* an die Einheit Europas zu denken. Wir stimmen nicht mit dieser These überein . . . Wir . . . sind überzeugt, daß es, wenn man das Kampffeld der Kommunisten nur auf das Innere der

einzelnen Nationalstaaten begrenzt, nicht nur ein Verschließen der Augen vor der Wirklichkeit bedeutet, sondern daß man damit eine große politische Kraft wie die unsere dazu verurteilt, ob man das nun will oder nicht, regionales Phänomen< zu bleiben und daher in gewisser Weise am Rande der komplexen politischen Dynamik Westeuropas zu verharren«⁴¹.

In solchen Aussagen spiegelt sich die bereits weiter oben zitierte Auffassung der KPI, daß der Nationalstaat als alleiniger oder eindeutig primärer Rahmen für Problemlösung nicht länger adäquat sei.

Zur insgesamt positiven Einstellung der KPI gegenüber dem EG-Integrationsprozeß gehört auch, die EG nicht mehr einfach primär nur als Element und Instrument des Westens in der Ost/West-Auseinandersetzung zu betrachten. Die KPI glaubt, »nicht, daß die Römischen Verträge (Euratom, EWG) eine einfache Fortsetzung der Pariser Verträge (EGKS) sind, weil man dabei das Auftauchen neuer Kräfte und Motivationen übergehen würde«. Sie weist gegenüber diesen in der Anfangsphase der westeuropäischen Integration auch ihrer Auffassung nach dominierenden Kräften auf eine andere den Integrationsprozeß beeinflussende Kräftegruppe hin, die sie als »innere« bezeichnet »und die hauptsächlich von ökonomischen Interessen geleitet wurde, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte (und dabei auch der Konkurrenz gegenüber den USA) stehen«⁴².

Vergegenwärtigt man sich diesen Grundansatz der KPI, so verwundert ihre sehr differenziert vorgenommene Charakterisierung der EG nicht. Bereits 1971 sagt *Leonardi* in seinem Grundsatzreferat, daß die EWG »bereits mehr als eine einfache Zollunion« sei und »sich einer Wirtschaftsunion« annähere⁴³. Der Prozeßcharakter der Integration der Gemeinschaft wird unterstrichen, zugleich auch darauf verwiesen, daß zunächst fast nur negative Integration betrieben wurde, was die Stärksten der Mitgliedstaaten begünstigt und im übrigen zu Divergenzen zwischen ihnen geführt habe. Um diese abzubauen und um den Integrationsprozeß voranzutreiben, sei aktive Integration, nämlich von der Gemeinschaft betriebene Intervention in den verschiedenen Politikfeldern, nicht nur wie bisher im Agrarbereich allein, erforderlich⁴⁴.

Auch die Kritik der KPI an der EG ist durchaus systemimmanent

Nach seiner Begegnung mit dem belgischen Ministerpräsident *Tindemans* im Oktober 1975 im Zusammenhang mit dessen Mission, einen Bericht über die Europäische Union zu verfassen, erklärte *Berlinguer* mit Blick auf die aktuellen Schwierigkeiten in der EG und in etlichen der Mitgliedstaaten - der »Krise« der Gemeinschaft -, es seien besondere Anstrengungen der Gemeinschaft auf den Gebieten der Energie-, Regional-, Industrie- und Landwirtschaftspolitik nötig⁴⁵. Und der italienische Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Europäischen Parlament, *G Amendola*, fordert den in Rom tagenden Gipfel im November 1975 auf, statt bloßer Absichtserklärungen Entscheidungen zu treffen; angesichts der EG-weiten Probleme seien insbesondere wirksame Maßnahmen der Konjunkturpolitik zur Schaffung von Investitionsanreizen nötig. Sein Plädoyer für gemeinschaftliches Vorgehen und Gemeinschaftspolitik unterstreicht er mit der kritischen Feststellung, es gehe nicht an, daß die Regierung eines Landes einseitige Entscheidungen treffen, wenn dies die Krise in einem oder mehreren Mitgliedstaaten verschärfe⁴⁶.

Die prinzipielle Bejahung des Integrationsprozesses und die differenzierte Einschätzung des Integrationsstandes der EG bedeuten keinesweg den Verzicht auf Kritik am Erscheinungsbild der Gemeinschaft. Im Hinweis auf die Folgen der negativen Integration ist solche Kritik ebenso enthalten wie in der wiederholt vorgetragenen Forderung nach zielstrebig vorgenommener gemeinschaftlicher Intervention, also *Wirtschaftssteuerung*. Die Bemerkung, der Integrationsprozeß habe bisher primär *die Starken begünstigt*, bezieht sich nicht nur auf die Mitgliedstaaten, sondern zugleich auch auf die schwachen Teile der Gesellschaft, etwa Arbeitnehmer und Jugendliche, die mehr und mehr von Arbeitslosigkeit bedroht seien. Hier wird eine grundlegende Kursänderung gefordert, nämlich eine innovatorische Politik, eine Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Interessen und Bedürfnisse breiter Schichten in den Völkern der Mitgliedstaaten⁴⁷.

Kritik erfahren aber nicht nur Ausrichtung und Substanz der Gemeinschaftspolitik bzw. auch das Fehlen gemeinschaftlicher Intervention und planmäßiger Steuerung des Wirtschaftsablaufs. Sie zielt auch auf das *Entscheidungsgefüge* und seinen »autoritären, antidemokratischen, technokratischen Charakter«⁴⁸. *N. Iotti* plädiert für die demokratische Rolle der Organe. Ihrem Hinweis, »in den Ländern der Gemeinschaft finde(t) die demokratische Willensbildung

nicht bloß in den politischen Strukturen, die im Parlament gipfeln, ihren Ausdruck, sondern auch in den großen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen, die eine der Hauptstützen der Demokratie in den westlichen Ländern bilden«, läßt sie die eher rhetorische Frage folgen:

»Auf welche Weise kann sich diese politische Realität Westeuropas und seiner Volksmassen in den Institutionen der Gemeinschaft widerspiegeln«⁴⁹?

Es folgen eine Reihe konkreter *Forderungen* und *Vorschläge*⁵⁰:

- Die *Direktwahl* des Europäischen Parlaments nach einem einheitlichen Wahlmodus in allen Ländern der EG.
- Die *Erweiterung der Kompetenzen* dieses direkt gewählten Europäischen Parlaments, um »in den Mechanismus der EG die Kontrolle durch die Volkssouveränität« einzuführen.
- Die Arbeit des Ministerrats sollte stärker als bisher *von den nationalen Parlamenten kontrolliert* werden; hier vermerkt *N. Iotti*, daß nach der Bundesrepublik Deutschland nur noch in Italien entsprechende Vorkehrungen getroffen worden seien.
- Das *Vetorecht* im Ministerrat wird, obwohl ausdrücklich als »nicht die demokratische Lösung« bezeichnet, so lange für nötig angesehen, solange die Schwächeren, wie im Falle Italiens, Garantie und Schutz benötigen würden.
- An der Bestellung der Mitglieder der *EG-Kommission* soll das Europäische Parlament durch ein *Bestätigungsrecht* beteiligt werden.
- Vor allem aber schlägt sie eine »Reform« vor, die darauf abziele, »auf der Ebene der Gemeinschaft dieselben politischen Bedingungen wie innerhalb der einzelnen Länder durchzusetzen.« Diesem Dialog zwischen den Gemeinschaftsorganen und den großen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen wird allergrößte Bedeutung zugeschrieben.

Diese bereits 1971 vorgetragenen Forderungen wurden aufrechterhalten. Die KPI setzt weiter auf die Direktwahl als wichtigen Ansatzpunkt einer demokratischen Erneuerung des Entscheidungsgefüges und damit des Charakters der Gemeinschaft insgesamt. Sogar eine Rolle des Europäischen Parlaments als wirkliche Konstituante einer europäischen politischen Union wird ernsthaft erwogen und sogar ausdrücklich postuliert⁵¹. Die institutionellen Vorschläge des *Tindemans-Berichts* finden - im Gegensatz zu seinen Vorstellungen über eine gemeinsame Verteidigungspolitik und das Konzept der sog. »abgestuften Integration« - die Billigung der KPI⁵².

Auch auf EG-Ebene wird ein »historischer Kompromiß« angestrebt

Für die italienischen Kommunisten kommt - wie dargelegt - eine nur auf den Rahmen des Nationalstaats beschränkte politische Strategie nicht in Frage. So ist es nur folgerichtig, wenn die Partei die im nationalen Kontext entwickelte und von ihr insgesamt erfolgreich praktizierte Bündnis-Strategie auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen beabsichtigt. Die italienischen Kommunisten sehen offenbar eine »Chance, die Gemeinschaft in einem breiten transnationalen Bündnis aller politischen und sozialen Kräfte von links bis weit in die Mitte hinein - gleichsam in einem westeuropaweiten historischen Kompromiß« - schrittweise von innen her in Richtung auf mehr Mitbestimmung, Partizipation und Demokratie zu verändern⁵³. Amendola sprach auf der Brüsseler Kommunisten-Konferenz im Januar 1974 ausdrücklich von Erfolgchancen beim Versuch der demokratischen Umwandlung der Gemeinschaft, wenn es gelingen würde, eine Konvergenz kommunistischer, sozialistischer und christlicher Kräfte zu erreichen⁵⁴.

Demgegenüber zielen die französischen Kommunisten eher auf eine Blockierung der europäischen Integration ab

Die Haltung der französischen Kommunisten unterscheidet sich von der ihrer italienischen Genossen in einer Reihe zentraler Punkte ganz erheblich, worauf in der Literatur auch übereinstimmend hingewiesen wird. Die KPF erkennt zwar die EG als Realität an, spricht aber so gut wie stets ausdrücklich von der EWG, um damit ihre Ablehnung jeglicher politischer Entwicklung der Gemeinschaft kundzutun.

In der Einschätzung der Gemeinschaft ist die KPF ungleich *dogmatischer* und *doktrinärer* als die KPI.

- Auch die französischen Kommunisten sehen in der Entspannung eine Basis für die Beseitigung ihrer innenpolitischen Isolierung und bemühen sich infolgedessen um eine Fortsetzung der Entspannungspolitik. Die ihrer Interpretation der Entspannung zugrunde gelegte Prämisse - es gebe zwei unversöhnliche Lager, und nur die Haltung der Sowjetunion sei gegenüber dem Ziel der Entspannung positiv; aus diesem Grund fördere eine Stärkung der Position der Sowjetunion die Chancen weiterer Entspannung und damit zugleich für den erfolgreichen französischen Weg zum

Sozialismus - führt die KPF zur Schlußfolgerung, die politische Integration Westeuropas zu blockieren⁴⁵/Wie die italienischen Kommunisten, so orientiert sich auch die KPF an innenpolitischen Interessen und Bedürfnissen, kommt allerdings zu gegenteiligen Schlußfolgerungen.

Der Integrationsprozeß wird von den französischen Kommunisten abgelehnt, weil in ihrer Einschätzung amerikanisches und bundesrepublikanisches Großkapital diesen Prozeß dominierten, die Integration monopolistischen Charakter trage und damit die Gefahr des Wirksamwerdens dieser Kräfte auf Entwicklungen in Frankreich bestehen würde. Es ist also die Frucht, durch Integration könnte der nationale Weg Frankreichs zum Sozialismus gestört oder verhindert werden⁴⁶. Ob diese Position nur eher zufällig mit Interessen der Sowjetunion konvergiert⁴⁷ oder diesen Interessen bewußt entgegenkommt⁴⁸, wird unterschiedlich bewertet.

Die Ablehnung der Integration in der EG wird weiterhin damit begründet, daß die von den französischen Kommunisten sehr grundsätzlich und umfassend kritisierte Bundesrepublik Deutschland in Westeuropa dominieren würde und damit eben auch dieser Gemeinschaft und dem Integrationsprozeß ihren Stempel aufdrücken würde. Diese gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Politik gerichtete Kritik, ja Anklage und Verurteilung, findet sich in vielfältiger Weise. So etwa wenn der Bundesregierung vorgeworfen wird, sie wolle der Gemeinschaft ihre *austerity*-Politik aufzwingen⁴⁹. Oder wenn *G Ansart*, zugleich Vizepräsident des Europäischen Parlaments, in der französischen Nationalversammlung von der Bundesrepublik Deutschland sagt, sie strebe danach, Europa ihre *leadership* im wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Bereich aufzuzwingen⁵⁰. Schließlich auch, wenn sich die KPF in dem von ihrer EP-Gruppe herausgegebenen Bulletin anklagend und kritisch mit dem »sozialdemokratischen« Einfluß der SPD im Rahmen des »Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG« und damit auch gegenüber der Sozialistischen Partei Frankreichs auseinandersetzt⁵¹. In einen Integrationsprozeß, der von solchen politischen Kräften beeinflusst wird, möchte sich die KPF als Partei und möchte sie Frankreich als Staat nicht einbezogen haben.

Diese Einschätzung der Gemeinschaft spiegelt sich denn auch in der sehr pauschalen Bewertung, besser: Anprangerung der Gemeinschaftspolitik und ihrer Ergebnisse. Erfolge seien nur

- Erfolge der Monopole; andere Schichten seien leer ausgegangen, wird sehr undifferenziert festgestellt⁶².
- Nicht minder scharf attackieren die französischen Kommunisten »Bemühungen, die erweiterte EWG verstärkt zu militarisieren und ihren atlantischen Charakter zu betonen«⁶³.

Für Frankreichs Kommunisten setzt Sozialismus im EG-Rahmen die Existenz sozialistischer Einzelstaaten voraus

Dieser Kritik an der EG stellt die KPF ihre Entschlossenheit an die Seite, »für die Demokratisierung der EWG, ihrer Institutionen und ihres ökonomischen und sozialen Inhalts« zu kämpfen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sollen aber nach Auffassung der Partei nicht primär im Rahmen der EG erfolgen bzw. versucht werden; die KPF besteht auf entsprechenden Aktivitäten im nationalen Bereich als unabdingbare Voraussetzung sozialistischer Veränderungen auch im internationalen Bereich:

»Ausgehend von demokratischen ökonomischen und politischen Veränderungen auf nationaler Ebene, werden wir zu den notwendigen Veränderungen auf internationaler Ebene beitragen können«⁶⁴.

Die beiden Hauptelemente der Strategie, die zunächst Frankreich zum Sozialismus führen soll, lauten:

»Nationalisierung der Schlüsselindustrien (und) Demokratisierung des Staates«⁶⁵.

»Weit davon entfernt, die Lösung der Probleme auf europäischer Ebene zu verhindern, ist dieser Ausweg gerade derjenige, über den die Lösung der Probleme des Gemeinsamen Marktes erreicht werden kann«⁶⁶. Hier wird eine unmißverständliche Reihenfolge aufgestellt: Sozialismus im internationalen, beispielsweise EG-Rahmen setzt die Existenz sozialistischer Einzelstaaten voraus⁶⁷.

Die KPF spricht sich zwar auch für die »Demokratisierung der Institutionen des Gemeinsamen Marktes« aus und versteht darunter Bestrebungen und Maßnahmen, »damit die Arbeiter und die demokratischen Organisationen mit realen Rechten in den Organen der EWG teilnehmen und ihre Rolle aufgewertet wird«, sie verweigert aber »umgekehrt... die Anerkennung supranationaler Institutionen« und begründet das wie folgt:

»Ihre Einrichtung würde den undemokratischen Charakter der gegenwärtigen Institutionen der EWG noch verstärken. Sie würde die Herrschaft der einflußreichsten imperialistischen Mächte begün-

stigen. Sie würde dazu neigen, der demokratischen Regierung ihre Handlungsfreiheit zur Verwirklichung ihres Programms gemäß dem vom Volkswillen ausgesprochenen Auftrag zu entziehen«⁶⁸.

Die *Handlungsfreiheit der nationalen Regierung*, von der die KPF selbstverständlich hofft, daß es in absehbarer Zeit eine auch von ihr getragene und bestimmte Regierung sein wird, darf nicht beschnitten werden. In diesem Argumentationszusammenhang ist auch die Haltung der Partei zur Frage der Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu sehen. Die Opposition gegen dieses Projekt begründete die KPF mit dem Hinweis, es gehe dabei in Wirklichkeit nicht um die direkte Bestellung der Abgeordneten - der die Partei unter der Bedingung zustimme, daß eine repräsentativ ausgewogene Vertretung gewährleistet werde - sondern um die Verstärkung der Rechte und Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Das aber müsse schärfstens zurückgewiesen werden, da es nur eine Verstärkung des Einflusses der Monopole und der Bundesrepublik Deutschland bedeute, Frankreich dem Diktat ausländischer Mehrheiten unterwerfe und damit die französische Entwicklung zum Sozialismus verhindere⁶⁹.

Nationale Akzente bestimmen auch die Haltung der Partei zum Problem der *Süderweiterung* der EG um Spanien und Griechenland. Unter Hinweis auf die negativen Folgen für die französische Landwirtschaft und bestimmte Zweige der gewerblichen Wirtschaft Frankreichs wird diese Erweiterung kategorisch abgelehnt⁷⁰.

Dem Faktum internationaler Interdependenz und der Mitgliedschaft Frankreichs in der EG, die nicht aufgekündigt werden soll, trägt die KPF mit ihrer Forderung Rechnung, an die Stelle der Integration Kooperation zwischen unabhängigen und souveränen Staaten zu setzen. Man wolle weder eine Organisation Europas verweigern, noch trete man für Autarkie ein; man arbeite für ein Europa, das - bei Respektierung der Unabhängigkeit eines jeden Staates - auf die Kooperation der Staaten und Völker gegründet sei⁷¹.

Im »Programme Commun« kam die KPF den Sozialisten entgegen

Wenn in vorstehenden Ausführungen die Position der KPF korrekt wiedergegeben wird, erhebt sich die Frage, was das gemeinsame Programm von KPF und französischen Sozialisten zur künftigen EG-Politik einer von ihnen getragenen Regierung sagt. Es heißt hier:

»Die Regierung wird gegenüber der EWG ein doppeltes Ziel verfolgen:

- Einerseits am weiteren Ausbau der EWG und ihrer Institutionen sowie ihrer gemeinsamen Politik mitzuwirken, wobei sie darauf hinarbeiten wird, die EWG von der Herrschaft des Großkapitals zu befreien und die Vorhaben der Gemeinschaft an ihren Interessen auszurichten;
- andererseits darauf zu achten, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes ihre Handlungsfreiheit zur Verwirklichung ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programms gewahrt bleibt«⁷².

Zweifellos ist die KPF hier der Sozialistischen Partei entgegengekommen. Das gilt auch für Detailfragen, in denen gleichsam vom Boden der bestehenden Verträge aus argumentiert wird. So wird z. B. für die Gewerkschaften Parität im Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA), für Vertreter der Landwirte Parität im europäischen Agrarfonds gefordert. Stellt man diesem Text die Vielzahl von Äußerungen aus all den Jahren seit Verabschiedung des gemeinsamen Programms gegenüber, wird man Zweifel an seiner Tragfähigkeit kaum unterdrücken können. Die Formulierung (»einerseits . . . andererseits«) ist recht ambivalent und wird der KPF wohl jede Möglichkeit geben, die Realisierung ihrer spezifischen Position anzustreben und als mit dem Programm kompatibel zu erklären. Die kritische Polemik der KPF gegen die französischen Sozialisten und ihre im Rahmen des »Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG« betriebenen Politik, wie sie sich auch im Entwurf einer Wahlplattform dieses Parteibundes niederschlägt⁷³, spricht wohl deutlich zugunsten der hier vorgetragenen Interpretation.

Eine schwierige Fraktionsgemeinschaft zwischen KPI und KPF im Europaparlament

Wenn man sich diese in zentralen Punkten kontroversen und unvereinbaren Positionen von KPF und KPI ansieht, liegt es nahe, noch die Frage der Zusammenarbeit beider Parteien in der kommunistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zu erörtern. Das Urteil - »eine schwierige Fraktionsgemeinschaft«⁷⁴ - soll im folgenden wenigstens kurz illustriert werden. Eine eingehendere Darstellung, die zweifellos recht ergiebig zu werden verspräche, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Beginnen wir die Illustration mit dem *Argumentationsverhalten* der kommunistischen Fraktion bzw. ihrer Mitglieder⁷⁵ vom Januar 1975 bis Januar 1978⁷⁶. Normalerweise werden die Auffassungen der Fraktionen von jeweils einem Sprecher vorgetragen. Seit Frühjahr 1976 teilen sich häufig zwei Mitglieder der kommunistischen Fraktion die Redezeit; Italiener und Franzosen vertreten dann deutlich voneinander *abweichende, ja gegensätzliche Auffassungen*.

- In der Debatte vom 6. April 1976, die der sozialen Lage und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewidmet war, erklärte die französische Abgeordnete *Goutman*, die Gemeinschaft sei von multinationalen Unternehmungen beherrscht, die von den Gemeinschaftsorganen auch noch unterstützt würden. Ihr Lösungsvorschlag lautet: »Die einzige dauerhafte und brauchbare Lösung unter diesem Gesichtspunkt besteht nicht darin, eine Unterstützungspolitik zu entwickeln, sondern gegen die Vorherrschaft der multinationalen Unternehmen zu kämpfen und die legitimen Forderungen der Arbeitnehmer zu erfüllen.«

Demgegenüber plädiert die italienische Abgeordnete *Carettoni Romagnoli* für den Einsatz des Sozialfonds - an dessen Einführung die Kommunisten im Europäischen Parlament mitgewirkt hätten, wie sie unterstreicht - bei der Arbeitslosenbekämpfung. Sie kritisiert, daß Ministerrat und Kommission bei der sog. Dreier-Konferenz, eine Art »Konzertierte Aktion« auf EG-Ebene⁷⁷, unvorbereitet gewesen seien und mit den konkreten und wohl-durchdachten Vorschlägen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) nichts anzufangen gewußt hätten.

- Am 7. April 1976 wird die Erklärung des Ratspräsidenten *Thorn* über die Tagung des Europäischen Rats diskutiert. Der Italiener *Fabbrini* betont, daß bloße Bekenntnisse zur Wirtschafts- und Währungsunion ungenügend seien und bedauert, daß keine einzige ernsthafte Entscheidung getroffen worden sei. Zur Überwindung der krisenhaften Situation fordert er gemeinsame Anstrengungen aller Kräfte und Interessen, die ein Minimum an Homogenität aufweisen würden.

Gegenüber diesem Plädoyer für gemeinschaftspolitische Maßnahmen erklärt die Französin *Goutman*: »Aber von diesem scheinbaren Mißerfolg abgesehen gibt es eine Realität, nämlich die Realität einer wohlherwogenen, vom Europäischen Rat und der Kommission und hier seit langer Zeit von einer gewissen Anzahl Parlamentarier gebilligten Politik. Es ist dies eine Politik, die darauf abzielt, die Krise zum Profit der großen Monopole und zum Schaden der

arbeitenden Bevölkerung zu lenken.« Europa aber müsse sich im Interesse der arbeitenden Massen entwickeln, wofür sie Aktivitäten im jeweils nationalen Rahmen fordert.

- Am 5. Juli 1977 geht es um die Krise der Eisen- und Stahlindustrie und die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen. Für die französischen Kommunisten fordert *Ansart* die Handlungsfreiheit der französischen Regierung und empfiehlt die Verstaatlichung dieses Industriezweiges als »Mittel des sozialen Fortschritts und Arbeitsplatzgarantie« sowie »die für die nationale Unabhängigkeit unerläßliche materielle Grundlage«. Strukturmaßnahmen, wie auch von der Kommission vorgeschlagen, lehnt er ab; all diese Maßnahmen würden Arbeitsplätze kosten und seien von daher für Frankreich nicht akzeptabel.

Der Italiener *Leonardi* stellt dem nicht nur den Zweifel entgegen, daß die erforderliche Strukturänderung von den einzelnen Mitgliedstaaten allein erreicht werden könnte; die italienischen Vertreter der Fraktion (so erklärt er ausdrücklich!) seien keineswegs gegen Gemeinschaftsintervention auf dem Stahlsektor; er kritisiert sogar, daß früher Interventionen unterblieben seien.

- In der Diskussion vom 14. September 1977 über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft unterstreicht der Italiener *Leonardi*, daß gemeinsame Bemühungen mit Verlagerung nationaler Befugnisse auf die Gemeinschaft, wie von den italienischen Kommunisten mehrfach gefordert, erforderlich seien. Er beklagt, daß der Gemeinschaft in ihrem Etat nur 0,6 % des Brutto-Sozialprodukts der Mitgliedsländer zur Verfügung stehe, womit keine wirksame Gemeinschaftspolitik betrieben werden könne. Die Französin *Goutman* propagiert als Instrument zur Auslösung eines Prozesses, der Frankreich aus der Krise zu führen verspräche, die Verstaatlichung und fügt hinzu: »Diesen Weg müßte auch die Gemeinschaft einschlagen.«
- Die bereits erwähnten Gegensätze in der Frage der Süderweiterung wurden am 12. Oktober 1977 vom Italiener *Amendola* und dem Franzosen *Lemoine* in aller Offenheit präsentiert. *Amendola*, zugleich Fraktionsvorsitzender, nennt das Faktum einer fehlenden gemeinsamen Haltung der Fraktion »nicht verwunderlich«, nämlich als »Ausdruck der neuen Beziehungen, die von nationaler Autonomie und gegenseitiger Achtung gekennzeichnet sind, . . . wobei jede Partei ihre politische Linie verfolgt, die nicht von der kommunistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, sondern nur von den einzelnen Parteien auf der Grundlage eines individu-

eilen Entscheidungsprozesses und im Interesse des jeweiligen Landes festgelegt wird.« Und er fährt fort: »Es wird an uns liegen, dafür zu sorgen, daß die unterschiedliche Richtung nicht in Feindseligkeit ausartet, sondern in einen Pluralismus der einzelnen Haltungen mündet, wobei die gegenseitige Achtung und der Sinn für Zusammenarbeit gewahrt bleiben müssen.«

Namentliche *Abstimmungen* sind im Europäischen Parlament die Ausnahme und kommen sehr selten vor. In den vier Abstimmungs- gängen des Jahres 1975 votierten italienische und französische Kom- munisten stets gemeinsam. Allerdings kann man fragen, ob die Stimmenthaltung nicht manchmal ein Mittel war, Auffassungsunter- schiede zu überdecken und nach außen hin das Bild einer geschlosse- nen Fraktion zu vermitteln. So erklärt der Italiener *Fabbrini* in der Schlußaussprache über den Regionalfonds vom 29. April 1975, daß er dem Geist des Entschließungstextes zustimme - wonach das Europäische Parlament mehr Haushaltsbefugnisse erhalten soll -, der Entschließung als ganzer aber nicht zustimmen könne. Selbst in der Abstimmung über einen (der ganz wenigen) *Mißtrauensanträge*, den die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt, die von den Gaullisten dominiert wird, gegen die EG-Kommission wegen ihres Verhaltens in der Frage der Ausfuhr von Milchpulver in Drittländer eingebracht hatte, kam eine Dissens zutage. Die französi- schen Kommunisten *Ansart* und *Bordu stimmten mit* den Gaullisten - mit Blick auf das nationale Interesse, wie *Bordu* erklärte, und mit dem Versuch, sich von den Gaullisten abzuheben; diese könnten doch in Frankreich selbst auf nationale Maßnahmen drängen, ihr Antrag sei insofern Augenwischerei. Die italienischen Kommunisten lehnten den Antrag mit der Begründung ab, er sei unbegründet und unmotiviert.

Sehen wir uns schließlich noch die Verwendung des Instruments *Fragerecht an*, für das die Geschäftsordnung des Europäischen Parla- ments mehrere Formen vorsieht⁷⁸.

- Schriftliche Anfragen (an Kommission oder Ministerrat) können von einzelnen Abgeordneten eingebracht werden; sie werden schriftlich beantwortet und zusammen mit der Antwort im Amts- blatt der Gemeinschaft veröffentlicht. Hier fällt - für die Jahre 1976 und 1977 - auf, daß die französischen Kommunisten von diesem Instrument stärker Gebrauch machen als ihre italienischen Genossen. 1976 (im Vergleich: 1977) wurden von französischen Kommunisten 34 (26) Anfragen an die Kommission, 4 (9) an den Rat gerichtet; die italienischen Kommunisten brachten es auf 13 (5) Anfragen an die Kommission, 2 (0) an den Rat.

Weiter fällt auf, daß die französischen Kommunisten insgesamt mehr »politischere« Fragen stellen; z. B. Menschenrechtsverletzungen in den ASEAN-Ländern, Verstaatlichung als Mittel gegen die ökonomische Krise in der Eisen- und Stahlindustrie, Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland als Verletzung des Potsdamer Abkommens. Demgegenüber zielen die Anfragen der italienischen Kommunisten mehr auf spezifischere Gemeinschaftstätigkeiten; sie gelten manchmal rein technischen Details; z. B. Reinigungsdienst für die gemeinsame Forschungsanlage in Ispra, Beiträge des Sozialfonds.

- Mündliche Anfragen mit anschließender Aussprache im Plenum müssen von mindestens fünf Abgeordneten bzw. einer Fraktion eingebracht werden. Da die französischen Kommunisten nur vier Abgeordnete stellen, benötigen sie stets die Unterstützung anderer Fraktionsmitglieder. Die Zahl dieser Anfragen ist insgesamt gering, von Januar 1975 bis Juli 1977 wurden von kommunistischen Abgeordneten insgesamt neun gestellt. Es fällt auf, daß die angesprochenen Themen und Probleme weniger »politisch« sind als bei den schriftlichen Anfragen. Das kann darauf zurückzuführen sein, daß die Gesamtfraktion als Bremse wirkt, mit diesem parlamentarischen Mittel das Europäische Parlament als »Kampftribüne« zu nutzen, wie es die französischen Kommunisten wohl immer noch tun wollen⁷⁹.

Ein Fazit

Wenn man ein Fazit aus den vorstehenden Ausführungen ziehen will, kommt man zu folgenden Feststellungen bzw. Perspektiven:

- Es besteht ein deutlicher Gegensatz zwischen KPF und KPI in ihrer Haltung zur Politik und Entwicklung der EG und des Integrationsprozesses⁸⁰.
- Bezieht man die Haltung der beiden Parteien auf die im Standardwerk von Frau *Maximowa* vertretenen Positionen, so kann man für die KPF sagen, daß ihre Interpretation der »kapitalistischen Integration« in Westeuropa der bei Frau *Maximowa* vorgetragenen weitestgehend entspricht. In der Strategie des nationalen Weges zum Sozialismus dagegen nicht, da doch *Maximowa* von gemeinsamen Bemühungen der kommunistischen und Arbeiterparteien Westeuropas spricht. Hier muß aber hinzugefügt werden, daß, solange diese Gemeinsamkeit nicht besteht, die Sowjetunion

an der Strategie der KPF sicher nichts auszusetzen haben wird* strebt diese doch danach, Integrationsfortschritt zu verhindern/ Für die KPI muß festgestellt werden, daß ihre Interpretation gegenüber der von *Maximowa* (und der KPF) sehr viel offener, pragmatischer, unbefangener ist und daß sich auch die Strategie von der sowjetkommunistischen unterscheidet, sofern man das Bekenntnis der KPI zum Vorgehen im Rahmen des parlamentarischen Systems, das im Prinzip von der Partei wohl auch für die EG anvisiert wird, ernst nimmt.

- Mindestens für die KPI folgt daraus, daß »eurokommunistische« Positionen auch in der Europapolitik identifizierbar sind, wobei wahrscheinlich zutreffender von »italo-kommunistischen« Positionen gesprochen werden sollte. Daß eine grundlegende Umgestaltung der EG und der Substanz und Richtung des Integrationsprozesses von beiden Parteien angestrebt wird, ist deutlich geworden; die KPI argumentiert jedoch vom Boden der Verträge, gleichsam systemimmanent, und plädiert für schrittweise Änderungen, wie es auch ihrer nationalen Strategie entspricht.
- Was daraus für die künftige Gestalt und Entwicklung der EG folgen würde, sollten die beiden Parteien Regierungsverantwortung tragen und in dieser Eigenschaft im gemeinschaftlichen Entscheidungsgefüge tätig werden, kann nicht prognostiziert werden. Für den EG-Rahmen bleiben die gleichen Unbekannten und Fragen, die für den Rahmen des Nationalstaats - also Frankreich und Italien - in der Literatur doch mehr oder weniger übereinstimmend formuliert werden. So gesehen bleibt der Eurokommunismus auch in diesem Zusammenhang Unsicherheitsfaktor und Herausforderung.

- 1 Wolfgang Wagner: *Kommunisten in westlichem Bündnis? Atlantische Allianz und Europäische Gemeinschaft vor einem neuen Problem.* In: *Europa-Archiv* 10/1976, S. 315-324.
- 2 So etwa der luxemburgische Ministerpräsident und Präsident der Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der EG. G. Thorn; vgl. dazu Wolfgang Leonhard: *Eurokommunismus; Herausforderung für Ost und West.* München 1978, S. 27/28 und 374/75.
- 3 Amerikanische Warnungen vor möglicherweise katastrophalen Auswirkungen, wie sie etwa von Ford und Kissinger vorgetragen wurden, bezogen sich neben der NATO auch auf die EG. Vgl. dazu Leonhard, a. a. O., S. 26/27.
- 4 So etwa italienische christdemokratische und sozialistische Politiker, die zugleich Mitglieder des Europäischen Parlaments sind. Vgl. dazu die Nachweise bei Leonhard, a. a. O., S. 32/33. Aber auch Äußerungen aus der jetzigen amerikanischen Administration haben diesen Tenor (vgl. wiederum Leonhard, a. a. O., S. 30/31).
- 5 Horst Ehmke im Vorwort zu Heinz Timmermann (Hrsg.): *Eurokommunismus; Fakten, Analysen, Interviews.* Frankfurt/M. 1978, S. 12.
- 6 Die italienischen Kommunisten sind seit 1969, die französischen erst seit 1973 im

- Europäischen Parlament vertreten. Vorher waren sie bei der Bestellung der nationalen Delegationen vom eigenen Parlament jeweils nicht berücksichtigt worden, ungeachtet ihrer relativ starken Stellung im nationalen Kontext. Vgl. dazu John Fitzmaurice: *The Party Groups in the European Parliament*. Westmead 1975, S. 129.
- 7 Hierfür können wir uns auf folgende Darstellungen stützen: Gerda Zellentin: *Die Kommunisten und die Einigung Europas*. Frankfurt/M./Bonn 1964; Rolf Sannwald: *Die Sowjetunion und die westeuropäische Integrationspolitik*. In: Erik Boettcher (Hrsg.): *Ostblock, EWG und Entwicklungsländer*. Stuttgart 1964, S. 80-114; Eberhard Schultz: *Moskau und die Europäische Integration*. München/Wien 1975, insbesondere S. 72-128.
 - 8 Zellentin, a. a. O., S. 71.
 - 9 Zellentin, a. a. O., S. 51/53.
 - 10 Zellentin, a. a. O., S. 53.
 - 11 Zellentin, a. a. O., S. 72.
 - 12 Sannwald liefert eine Zusammenfassung dieser Thesen (a. a. O., S. 87-93); vgl. auch Schulz, a. a. O., S. 76.
 - 13 Vgl. die entsprechenden Nachweise bei Zellentin, a. a. O., S. 74; Sannwald, a. a. O., S. 93/94; Schulz, a. a. O., S. 78.
 - 14 Vgl. dazu Zellentin, S. 75-78 und 108; Sannwald, S. 97-104; Schulz, S. 78/79.
 - 15 Sannwald, S. 106.
 - 16 Schulz, S. 79. Diese Position wird vom damaligen KPI-Vorsitzenden Longo auch in einer Rede vor dem XXIII. Kongreß der KPdSU bekräftigt, in der er im Jahre 1966 erklärte: »Wir denken ferner, daß man innerhalb der Organe des gemeinsamen Marktes wissen muß, um eine Überprüfung aller Beschlüsse herbeizuführen, die die Entwicklung des Warenaustausches mit allen Ländern Europas . . . behindern, und um der EWG eine Entwicklungslinie aufzuzwingen, die sich von der, die die Monopole verfolgen, unterscheidet.« (ebenda).
 - 17 Zellentin, S. 106.
 - 18 Zellentin, S. 108, Anm. 7.
 - 19 Vgl. zu diesem ganzen Komplex Zellentin, S. 106/7 und Sannwald, S. 107/8.
 - 20 Zellentin, S. 108/9.
 - 21 Zellentin, S. 109.
 - 22 Das Dokument ist abgedruckt bei Manfred Steinkühler: *Eurokommunismus im Widerspruch; Analyse und Dokumentation*, Köln 1977, S. 23-30.
 - 23 So lautet der Titel der 1975 in deutscher Übersetzung im Staatsverlag der DDR erschienenen Arbeit von Frau Maximowa.
 - 24 Schulz, S. 91.
 - 25 Maximowa, S. 256.
 - 26 Maximowa, S. 108. Dort sind auch die sechs - wie sie sagt: »charakteristischen« - Merkmale aufgeführt.
 - 27 Maximowa, S. 110.
 - 28 Maximowa, S. 253 ff.
 - 29 Das Dokument ist abgedruckt bei Steinkühler, a. a. O., S. 37-48.
 - 30 Heinz Kramer/Reinhardt Rummel: *Hindernisse und Voraussetzungen für die Europäische Union*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 3/76*, S. 4/5.
 - 31 Sergio Segre in Timmermann, a. a. O., S. 186.
 - 32 Das Referat von Nilde Iotti zum Thema »Nationale Unabhängigkeit und die Institutionen der EWG« ist abgedruckt in: *EWG/EG; Dokumente, Statistiken, Analysen. Arbeitsmaterialien des IMSF*. Frankfurt/M. 1974, S. 123-138, hier S. 126. Vgl. auch den diesbezüglichen Hinweis bei Timmermann, S. 40.
 - 33 Karl-Hermann Buck: *Die Haltung von KPI und KPF gegenüber Direktwahlen und Funktionen des Europa-Parlaments*. In: *ZParl 2/1976*, S. 211.
 - 34 N. Iotti, zitiert in: *EWG/EG, a. a. O.*, S. 125.
 - 35 Timmermann, S. 44-46.
 - 36 Zitiert bei Buck, a. a. O., S. 212.
 - 37 Annette Jost: *Italien - Kommunisten an der Macht*. In: Timmermann, a. a. O., S. 77/78.

- 38 Zitiert bei A. Jost, a. a. O., S. 77/78.
- 39 Vgl. insbesondere die Ausführungen von Steinkühler, a. a. O., S. 11-15.
- 40 A. Jost, a. a. O., S. 77.
- 41 N. Iotti, a. a. O., S. 138.
- 42 S. Leonardi, lange Mitglied des Europäischen Parlaments, in seinem Referat »Der Integrationsprozeß in der EWG« auf der Konferenz »Die italienischen Kommunisten und Europa« von 1971, S. 90. Diese Auffassung wird auch von N. Iotti vertreten, ebenda, S. 133.
- 43 Leonardi, a. a. O., S. 83.
- 44 Leonardi, a. a. O., passim.
- 45 Zitiert in der vom Sekretariat der kommunistischen Fraktion des Europäischen Parlaments herausgegebenen Veröffentlichung »Les communistes italiens et l'Europe; Declarations, Documents, Interventions, 1973-1976«, S. 41/42.
- 46 Ebenda, S. 84-87, hier S. 86.
- 47 Berlinguer, zitiert in ebenda, S. 41/42.
- 48 Amendola im Jahre 1973; zitiert bei Buck, a. a. O., S. 212.
- 49 N. Iotti, a. a. O., S. 129.
- 50 N. Iotti, S. 129-132.
- 51 Amendola, in: »Les communistes italiens . . .«, a. a. O., S. 86.
- 52 N. Iotti in einem Artikel vom Januar 1976, zitiert in ebenda, S. 111-113. Zum Tindemans-Bericht vgl. Schneider/Wessels (Hrsg.): Auf dem Weg zur Europäischen Union? Diskussionsbeiträge zum Tindemans-Bericht. Bonn 1977.
- 53 Timmermann, S. 46.
- 54 Zitiert in: »Les communistes italiens . . .«, S. 64.
- 55 Timmermann, S. 42/44.
- 58 A. Kimmel: Die französische kommunistische Partei. In: Timmermann, a. a. O., S. 97-122; hier S. 112.
- 57 Wie es Ehmke meint; vgl. Timmermann, S. 9.
- 58 Kimmel, a. a. O., S. 113.
- 59 D. Debatisse in einem Artikel vom Juni 1977, abgedruckt in der ersten Ausgabe des von den französischen Kommunisten im Europäischen Parlament neu herausgegebenen Bulletin »Les Communistes Francais et l'Europe«, Luxemburg 1978, S. 8/9.
- 60 Zitiert in: »Les Communistes Francis . . .«, S. 6.
- 61 Ebenda, S. 29-32.
- 62 Debatisse in einem Artikel aus dem Jahre 1972, zitiert in: EWG/EG; Dokumente - Statistiken - Analysen. Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt 1974, S. 158-178, hier S. 177.
- 63 Boccara/Debatisse u. a. »Gegen ein Europa des internationalen Großkapitals«. In: Ebenda, S. 191.
- 64 Boccara, a. a. O., S. 192.
- 65 Debatisse, a. a. O., ebenda, S. 177. Was das im einzelnen bedeutet, muß - da es in anderen Beiträgen dieses Heftes dargelegt und erörtert wird - hier nicht behandelt werden.
- 66 Boccara, a. a. O., S. 192.
- 67 Buck, S. 216.
- 68 Boccara, S. 187/188.
- 69 Vgl. verschiedene Beiträge in: »Les Communistes Francais . . .« Ein Kurswechsel der KPF, nämlich die Bejahung der Durchführung von Direktwahlen, erfolgte mit der Begründung, daß in der französischen Direktwahlgesetzgebung dank der Bemühungen der KPF Sicherheitsklauseln eingebaut worden sind, die eine Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments verhindern würden.
- 70 Ebenda.
- 71 Ansart in der Debatte der französischen Nationalversammlung über die Direktwahlgesetzgebung; zitiert in: »Les Communistes Francais . . .«, S. 7.
- 72 Zitiert in: »EWG/EG . . .«, S. 216.
- 73 Les Communistes Francais . . ., S. 30/32.
- 74 Buck, S. 219.
- 75 Die Fraktion setzt sich nicht nur aus den italienischen (zu denen auch Vertreter der

Unabhängigen Linken, wie etwa als Prominentester dieser Gruppe heute das ehemalige Mitglied der EG-Kommission, A. Spinelli, gehören) und den französischen Kommunisten zusammen. Ihr gehörte (und gehört) ein Mitglied der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks sowie - bis 1976 - ein Vertreter der holländischen Kommunisten an.

- 76 Quelle ist das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, in dem die »Verhandlungen des Europäischen Parlaments«, also die ausführlichen stenographischen Sitzungsberichte, abgedruckt sind. Im folgenden werden keine exakten Einzelnachweise gegeben; das Sitzungsdatum kann für unseren Zweck genügen.
- 77 Vgl. hierzu Heinz Kramer: Die Rolle der Sozialpartner im Entscheidungssystem der Europäischen Gemeinschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/77, S. 23 ff., hier insbesondere S. 41 ff.
- 78 Für eine Durchsicht des entsprechenden Materials in den Amtsblättern der Gemeinschaft sowie eine erste Auswertung bin ich Herrn Wolfgang Schumann zu Dank verpflichtet.
- 79 Buck, a. a. O., S. 216-218, insbesondere S. 218.
- 80 Über die Haltung der kommunistischen Partei Spaniens läßt sich noch kaum etwas Präzises sagen. Die Partei befürwortet den Beitritt des Landes in die EG; Näheres werden erst die kommenden Jahre erweisen können.